

Die Fehler der deutschen Einheit – längst Geschichte?

Ist es sinnvoll, noch in so alten Wunden herumzustochern wie den Fehlern der deutschen Einheit? Auch wenn die Zeit über diese Fehler hinweggegangen zu sein scheint, bleiben die Auswirkungen doch höchst präsent. Dennoch hat man sich daran gewöhnt. Die Deutschen haben gelernt, sich in das Unabänderliche dieser Fehler zu fügen, und die wenigsten wollen noch an Irrtümer erinnert werden, denen sie selbst in den neunziger Jahren erlegen waren. Grund, diese Irrtümer nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, gibt es trotzdem. Die Erinnerung daran sollte schon deswegen wach bleiben, weil man nur aus Fehlern lernen kann, die nicht vergessen und nicht verdrängt worden sind.

Leicht erkennbar wären diese Fehler natürlich nur dann, wenn man vor Augen hätte, wie es anders hätte kommen können; wenn man erleben könnte, wie es wäre, wenn fast alles bei der Zusammenführung Ost- und Westdeutschlands besser gemacht worden wäre; wenn neben dem, was ist, auch dasjenige spürbar wäre, was hätte sein können; wenn man also das Erreichbare als Messlatte für das Erreichte vor sich sähe. Ein solcher Vergleich aber gelingt nicht, oder es fehlt ihm zumindest an Anschaulichkeit. Was statt dessen verglichen wird, sind immer noch das Vorher und das Nachher, der unsägliche Zustand von deutscher Teilung und DDR-System und der Zustand des geeinten Deutschlands. Noch immer stellen Demoskopen und stellen auch Politiker die Frage, ob man von der Einheit profitiert habe oder lieber das Rad der Geschichte würde zurückdrehen wollen. Natürlich war die Einheit für fast alle ein Gewinn, gemessen an dem, was vorher war. Die politischen Fehler der Einheit erschließen sich daher nur, wenn man tatsächlich das Erreichte mit dem Erreichbaren vergleicht. Nur wenn ein solcher Vergleich angestellt wird, kann die deutsche Einheit auch als politisches und ökonomisches Lehrstück Geschichte machen. Dieser Vergleich lässt sich zwar nur in spröden Zahlen darstellen, aber selbst diese Zahlen sprechen letztlich eine deutliche Sprache.

Bis zum Jahr 2006 sind in den Osten Deutschlands weit über 1000 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen geflossen. Derzeit wird der Osten weiter mit nahezu 100 Milliarden Euro jährlich vom Westen Deutschlands unterstützt. Diese Zahlen erscheinen für sich genommen abstrakt, aber sie werden anschaulicher in einer Pro-Kopf-Rechnung. Pro Kopf wird jeder Ostdeutsche in naher Zukunft 100.000 Euro Unterstützung erhalten haben, jeder 2-Personen Haushalt also 200.000, jede vierköpfige Familie 400.000 Euro. Es ist, als hätte der Staat allen Ostdeutschen aus Anlass der Einheit ein großes neues Haus oder eine große neue Wohnung geschenkt, samt Inneneinrichtung und Abriss der Altsubstanz, und ein großes Auto dazu. Der Gegenwert eines Zweithauses oder einer Zweitwohnung und eines Zweitwagens für alle Ostdeutschen werden im Laufe der weiteren Ostförderung mindestens noch hinzukommen. Noch immer ist ja der Wohlstand in Ostdeutschland zu fast einem Drittel ein geschenkter Wohlstand, und ein Ende dieser Verhältnisse ist nicht abzusehen. Noch immer ist es aber auch so, dass die Verantwortung für all dies zuallerletzt bei den ostdeutschen Bürgern selbst liegt. Die

Verantwortung liegt bei westdeutschen Politikern, und sie liegt bei denen, die diese Politiker beraten haben, einschließlich der so genannten wissenschaftlichen Politikberatung.

Die politischen und ökonomischen Modalitäten der deutschen Einheit waren zum Glück keine Frage von Leben und Tod. Es ging zum Glück nur um Geld. Aber es ging doch um ganz außerordentlich viel Geld. Man darf bei politischen Entscheidungen wie denen zur deutschen Einheit natürlich nicht kleinlich sein. In solchen historischen Momenten darf es einem Land wie Deutschland in der Tat auf Größenordnungen von hundert Milliarden Euro nicht ankommen. Bei der Frage aber, wie viel der gewählte Weg zur Einheit würde kosten dürfen, ging es um andere Dimensionen. Diese konkrete Frage hätte man sich daher selbst im wohlhabenden Deutschland im Vorhinein stellen müssen, und es gibt Grund genug, sie auch noch lange im Nachhinein zu stellen.

Die ökonomische Rechnung ist denkbar einfach. Die reale Politik der Einheit wird am Ende mindestens zweitausend Milliarden Euro verschlungen haben, aber diese reale Politik war nicht die bestmögliche. Es hätte andere Wege zur deutschen Einheit gegeben, die allenfalls die Hälfte gekostet hätten.¹ Der Staat hätte also mindestens tausend Milliarden Euro sparen können. Für jeden Deutschen wären dies etwa 13.000 Euro oder für jeden Ostdeutschen 70.000 Euro gewesen, wieder pro Kopf gerechnet, nicht etwa pro Haushalt oder pro Familie. So viel hätte jeder Einzelne zusätzlich zur Verfügung haben können, wenn die größten politischen Fehler der Einheit vermieden worden wären. Oder so viel hätte ein weniger geschwächter deutscher Staat zusätzlich investieren oder umverteilen können. Er hätte hunderte Milliarden Euro zusätzlich für den Klimaschutz verwenden können, und er hätte hunderte Milliarden ausgeben können, um beispielsweise weltweit zu einer besseren Friedenspolitik beizutragen. So betrachtet, würde aus der ökonomischen Frage der deutschen Einheit doch auch eine Frage von Krieg und Frieden und von Leben und Tod und damit auch von allerhöchster moralischer Bedeutung.

Es ist nicht so gekommen, und im Nachhinein bleibt letztlich nur die resignierte Feststellung, dass es nicht anders hätte kommen können. Die reale Politik der deutschen Einheit entsprach dem Bewusstseinsstand der Politiker, ihrer Berater und auch der Bürger zu jener Zeit, und auch der gegenwärtige Bewusstseinsstand ist noch kaum darüber hinausgewachsen. Es wäre daher falsch, der Politik nur einen einmaligen, einer historischen Ausnahmesituation geschuldeten Denkfehler zu unterstellen und Wiederholungsgefahr auszuschließen. Das Gegenteil ist richtig. Die Fehler der deutschen Einheit hatten tiefere Ursachen. Diese Fehler waren im politischen Bewusstsein angelegt, aber das politische Bewusstsein war natürlich seinerseits stark geprägt von der bestehenden Staatsordnung. Ähnliche Fehler werden daher unterlaufen, solange die Staatsordnung bleibt, wie sie war. In einem Staat, wie er ist, vermag die Politik auch in Zukunft nicht viel Besseres zu leisten, und die Bürger vermögen diese Beschränktheit der Politik nicht zu durchschauen.

¹ S. hierzu u.a. B. Wehner, *Das Fiasko im Osten*, Marburg 1991 und ders., *Deutschland stagniert*, Darmstadt 1994.

Aus den Fehlern der deutschen Einheit ist daher Zweierlei zu lernen. Zum einen wäre zu lernen, welche sozialen und ökonomischen Mechanismen einen Prozess wie die deutsche Einheit so fundamental aus dem Ruder laufen lassen. Zum anderen aber ist zu lernen, dass solche Fehler nicht zufällig und nicht personenbedingt sind, dass eine Auswechslung des politischen Personals nicht vor ihnen schützt, solange der Staat bleibt, wie er ist, und dass im Kleinen wie im Großen bei vergleichbaren historischen Anlässen wieder mit vergleichbaren Fehlleistungen zu rechnen ist. Auch hier ist daher letztlich die Schlussfolgerung zu ziehen, dass dem Mangel an politischer Kompetenz nur mit einer besseren Staatsordnung zu begegnen wäre, wie sie in einem neokratischen Staatswesen bestünde.

10 – 2007

www.reformforum-neopolis.de